



Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Ortsverein Lorsch

Lorsch, den 8.2.2002

## Pressemitteilung

### Wissen, was die Mitglieder denken

#### Sozialdemokraten üben Kritik an Bundespolitikern und an der Fragebogenaktion

Lorsch. "Deine Meinung zählt", so hatte SPD-Generalsekretär Franz Müntefering eine Fragebogenaktion genannt, die zur Vorbereitung der Bundestagswahl die Meinung der Mitglieder abfragen soll. Der Lorsch SPD-Ortsverein hatte deshalb die Mitglieder zu einer Versammlung in die Gaststätte "Stiftschänke" eingeladen, um zum einen den Fragebogen zu erläutern und auch zum Ausfüllen zu verteilen.

Zum andern war der Bergsträßer Parteivorsitzende Dr. Jürgen Dieter, früher einmal Landtagsabgeordneter, zu einer Diskussion eingeladen worden, um sich persönlich eine Meinung von den Vorstellungen der Mitglieder zu bilden und sie weiter zu tragen. Ortsvereinsvorsitzender Werner Groß hatte es dabei als Moderator nicht immer leicht, da einige Mitglieder recht heftige Kritik an ihren Oberen übten.

Zunächst aber erklärte Peter Velten anhand von Folien den umfassenden Fragebogen. Da geht es um Arbeitsmarkt, um Steuern, Sozial- und Familienpolitik, um Gesundheits- und Rentenreform, um die EU-Erweiterung, Terrorismus, Weltfrieden, Innere Sicherheit, Umweltschutz und einige andere Themen mehr.

Kritisiert wurde, dass der Bogen zu wissenschaftlich sei, dass man nur Kreuzchen machen könne zu Fragen, die nicht unbedingt die Fragen der Basis seien und dass man echte eigene Meinung nicht einmal in wenigen Zeilen niederschreiben könne. Dennoch wurde die Aktion allgemein begrüßt. Dr. Jürgen Dieter hatte sie so umschrieben: "Die sollen in den oberen Etagen nicht nur kluge Reden halten, es ist auch wichtig, dass die Oberen wissen, was die Mitglieder unten denken."

Norbert Weinbach fasste es ein wenig kritischer zusammen. Viele Mitglieder seien nicht gekommen, was auch ein Ausdruck von Meinungen sei. Es sei besser, dass Gerhard Schröder von Ortsverein zu Ortsverein gehe, damit er wirklich wisse, was die SPD-Mitglieder wollten. Dr. Jürgen Dieter gab viele Hintergrundinformationen zur Bundespolitik und auch zur Person von Politikern. Nur weil die veröffentlichte Meinung oder der neue Oppositionsführer Stoiber SPD-Minister schlecht machten, seien sie noch lange keinen schlecht arbeitenden Minister.

Auch wenn die Wirtschaft sich im Moment in einer Talsohle befinde, so habe die SPD-geführte Bundesregierung noch lange nicht miserabel gewirtschaftet. Obwohl die Arbeitslosenzahlen im Januar bei rund vier Millionen gelegen hätten, seien sie noch niedriger als bei der Regierungsübernahme 1998, als man im Januar fast fünf Millionen Arbeitslose gehabt habe. Im Jahresschnitt 1998 habe die Zahl bei 4,279 Millionen gelegen, im Schnitt von 2001 aber nur bei 3,852 Millionen. Es gehe aber nicht um statistische Spielchen, die Zahl der Arbeitslosen sei generell zu hoch.

Erfreulich sei nur, dass es im Jahr 2001 rund eine Million mehr Erwerbstätige gegeben habe als 1998. Positiv entwickelt habe sich auch die Arbeitslosenquote im Kreis Bergstraße, von 10,2 Prozent 1998 auf 6,1 Prozent im





Jahr 2001. Arbeitslosenpolitik und Reformen, auch die Steuerreformen der Bundesregierung, spielten bei der Diskussion eine große Rolle. Dabei wurde allerdings auch angemahnt, dass man nicht immer nur etwas tun dürfe für die Industrie. Es dürfe aber nicht geschehen, dass man bei Reformen zu Gunsten des "kleinen Mannes" diesem nicht immer in die Tasche greifen dürfe.

Insgesamt aber zeigten sich die Lorsche Sozialdemokraten mit ihrer Regierung zufrieden und sie werden beim Bundestagswahlkampf auch mit anpacken, diese Wahl zu gewinnen, um nicht "bayrische" Verhältnisse zu bekommen. Lob gab es insbesondere für Finanzminister Eichel, dessen strikte Sparpolitik helfe, den Schuldenberg abzubauen, den die Vorgängerregierung angehäuft habe. Da brauche ihm auch nicht bange zu sein vor einem "blauen Brief" aus Brüssel. Immerhin habe ihm die EU bescheinigt, dass seine Politik richtig sei.

Dr. Jürgen Dieter vermutete, dass die Deutschen ein wenig bequem geworden seien und sich auf ihrem "Wohlstand" ausruhten. Andere Völker dagegen seien "hungrig" geworden und versuchten nun, mit einer aggressiven Wirtschaftspolitik sich ihr Stück vom Wohlstandskuchen abzuschneiden. Hier sei es notwendig, nicht nur zu fördern, sondern auch die eigenen Leute zu fordern.